

Parlamentarischer Vorstoss

2023/224

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Schaffung einer Fachstelle für Private Mandatsträger/innen Kinder und Erwachsenenschutz (KESB)
Urheber/in:	Christina Wicker
Zuständig:	Agostini, Cucè, Dudler, Hotz, Krebs, Steinemann, Zimmermann Marcel,
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	27. April 2023
Dringlichkeit:	—

Das Institut der privaten Mandatsträger/innen ist im alten Vormundschaftsrecht gewachsen und wurde im Kanton Baselland rege genutzt. Mit der Einführung des neuen Erwachsenenschutzrechtes wurde diese Praxis übernommen. Anders wäre es gar nicht möglich, die vielen Beistandschaften zu besetzen, denn die Sozialdienste der Gemeinden verfügen bei weitem nicht über genügend Mitarbeiter/innen dafür. Im alten Recht wurde die Rekrutierung und Weiterbildung dieser Mandatspersonen den Gemeinden überlassen. Im neuen Recht mit den regionalisierten Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden ist die Aufgabe an die jeweilige Behörde übergegangen. Allerdings wurden dafür nur minimale Ressourcen zur Verfügung gestellt. Es fehlt an der Zeit, die privaten Mandatsträger/innen angemessen weiterzubilden respektive zu betreuen. Die Aufgaben der privaten Mandatsträger/innen werden immer anspruchsvoller und deshalb besteht dringender Handlungsbedarf in den folgenden Punkten:

- Regelmässige Schulung der Mandatsträger/innen
- Unterstützung bei der Ausführung der Mandatsführung (Telefon, Mail, persönlicher Termin)
- Vermittlung von Weiterbildungskursen
- Erfahrungsaustausch unter den Mandatsträger/innen

Die Kantone Bern, Zürich oder Zug verfügen über eine kantonale Fachstelle (PriMa) für private Mandatsträger/innen. Die privaten Beistände werden durch die Fachstelle professionell unterstützt. Sie erhalten Antworten und Tipps zu den vielfältigen Fragen, die sich in der Betreuung stellen.

<https://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/sue/amt-fur-erwachsenen-und-kindeschutz/fachstelle-prima-beratung>

<https://www.stadt-zuerich.ch/sd/de/index/stadtleben/engagement/beiststaende.html>

Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen und zu berichten, inwiefern eine solche Fachstelle errichtet werden kann, damit private Mandatsträger/innen in naher Zukunft eine professionelle Anlaufstelle für ihre Anliegen erhalten und damit gleichzeitig die Fachbehörden entlastet werden können.